

Wir Landwirte brauchen klare Signale von der Gesellschaft

von Johannes Balg

Betrieben, die nach den traditionell-bäuerlichen Prinzipien der Nachhaltigkeit im Ackerbau wirtschaften, wird die Einführung des integrierten Pflanzenschutzes wenig Neues bringen. Sollen aber weitergehende Risiken gesenkt werden, müssen von der Gesellschaft klare Signale kommen: kostengünstige Nahrungsmittel erzeugen oder ein deutliches Mehr an Ökologie.

Die Einführung des integrierten Pflanzenschutzes wird für unseren Betrieb keine Änderungen mit sich bringen. Wir bewirtschaften einen Acker- und Milchviehbetrieb in der Zülpicher Börde und schöpfen zur Gesunderhaltung der Kulturpflanzen seit jeher alle Möglichkeiten aus, die uns ackerbaulich zur Verfügung stehen: weite Fruchtfolgen, vernünftige mechanische Bodenbearbeitung, Sortenwahl. Der chemische Pflanzenschutz kommt immer erst als letztes Mittel zur Anwendung. Das war bei uns immer schon Standard. Problematisch wird es für uns nur, wenn durch neue Risikoindikatoren der EU künftig noch mehr Wirkstoffe vom Markt genommen werden. Das engt unseren Handlungsspielraum empfindlich ein. Schon allein um das Resistenzrisiko zu senken, muss ich Wirkstoffe wechseln können.

Abnehmer und Handel machen Vorgaben

Die Entscheidungen über Sortenwahl und Anbauintensität trifft jedoch der Landwirt nicht alleine. Ob nun mein Weizen direkt an die Mühle geliefert wird oder, wie früher, der staatlichen Interventionsstelle angedient wurde, die Bezahlung erfolgt nach bestimmten, vom Verarbeiter bzw. vom Handel vorgegebenen Qualitätsvorgaben, die wiederum nur mit bestimmten Sorten und einer entsprechenden Anbauintensität erreicht werden können. Vor 35 Jahren, als ich gelernt habe, da wuchs das Getreide auch ohne Fungizidbehandlungen. Solche Sorten stehen uns leider heute nicht mehr zur Verfügung und nur mit den neuen Sorten lassen sich die ständig wachsenden Qualitätsvorgaben sowie Erträge erreichen.

Verbraucher entscheidet mit

Als Landwirt jedoch fühlt man sich zunehmend in die Zange genommen: einerseits soll die Produktion günstig sein, den hohen Verarbeiter- und Handelsanforderungen entsprechen und zugleich möchte der Verbraucher billig einkaufen und hohe Sicherheits- und Qualitätsstandards haben. Das alles passt nicht zusammen. Die Gesellschaft will kostengünstige Nahrungsmittel und zugleich die Berücksichtigung höherer Umwelt-, Tierschutzstandards etc. Diese höheren Standards werden dann wiederum in Form von Verordnungen an uns herangetragen und über Cross Compliance an die staatlichen Transferleistungen gekoppelt. Durch diese Zahlungen ist die Landwirtschaft nicht nur abhängig, sondern leider auch erpressbar geworden. Viel besser wäre es, der Staat würde die Rahmenbedingungen so gestalten, dass wir Landwirte wieder von dem Markterlös unserer Produkte leben könnten und nicht weiter am Tropf der Gesellschaft hängen. Der Verbraucher würde den wahren Wert der Nahrungsmittel erkennen, durch seine Kaufentscheidungen hätte er es in der Hand, die Produktion in die von ihm gewünschte Richtung zu lenken.

Es braucht die Verantwortung aller

Die Politik ist ebenfalls widersprüchlich: einerseits wird der Landwirt als freier Unternehmer betrachtet und zugleich an die Kandarre genommen. Unser Betrieb nimmt beispielsweise an bestimmten Agrarumweltmaßnahmen wie „vielfältige

Fruchtfolge“ und an Vertragsnaturschutzmaßnahmen teil. Die Vorgaben sind jedoch sehr starr und können zum Beispiel nicht ohne weiteres an die sich ändernden Flächenverhältnisse im Betrieb oder an Probleme mit spezieller Verunkrautung angepasst werden. Stattdessen gibt es bei kleinsten Abweichungen sofort Sanktionsmaßnahmen und Abzüge. Sollen Landwirte ermuntert werden, in diesem Bereich mehr zu tun, dann braucht es gleichberechtigte Formen der Beziehung.

Und es werden oftmals leider auch falsche politische Rahmenbedingungen gesetzt: Extrem sehen wir das am Beispiel des Energiepflanzenanbau, der Maismonokulturen mit sich bringt. Hinzu kommt, dass die Beratung häufig ein kurzfristiges und an Jahresabschlüssen orientiertes Landwirtschaften fördert.

Will die Gesellschaft – wie über den NAP – tatsächlich aber eine nachhaltige Agrarproduktion, dann kann sich diese Forderung nicht allein an den Landwirt richten. Das gesamte Agrarsystem muss umsteuern und es müssen sich alle Beteiligten ihrer jeweiligen Verantwortung bewusst werden und entsprechend anders handeln. In diesem Sinne brauchen wir Landwirte klare Signale!

Autor:

Dr. Johannes Balg

Landwirt
Wilhelmshof
53919 Weilerswist
-Metternich

